

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Amtsblatt für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, sowie für den

Stadtrat zu Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein



Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe des Blattes erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: vierteljährlich 3.60 M., monatlich 1.20 M., durch die Post vierteljährlich 3.60 M. (ohne Bestellgeld). Die einzelne Nummer kostet 15 Pfg. Alle Postanstalten im Reich und im Auslande, die Briefträger und die Geschäftsstelle, sowie die Boten nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Sächs. Elbzeitung“ an.

Anzeigen sind bei der weiten Verbreitung der „Sächsischen Elbzeitung“ von gutem Erfolg. Annahme derselben nur bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die 6 gespaltene Kleinschriftzeile oder deren Raum 30 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 35 Pfg. (tabellarische und schwierige Anzeigen nach Uebereinkunft), Reklame und Eingekauft die Zeile 75 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Fernruf Nr. 22. Telegramme: Elbzeitung. :: Postcheckkonto: Leipzig Nr. 34918. Gemeindeverbands-Girokonto Schandau 36.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porschtal, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilkau, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Nr. 239

Bad Schandau, Dienstag, den 25. November 1919

63. Jahrgang

## Lebensmittel betr.

Mittwoch, den 26. November:

**Wild** — Hirsch — bei **Kopprash**, von vorm. 8—12 Uhr. Die Wildfleischmarken Nr. 2161—2360 sind an der Reihe. Preise haben etwas erhöht werden müssen und sind vorgeschrieben.  
Schandau, am 25. November 1919. Der Stadtrat.

## Berichtigung.

In der Bekanntmachung vom 14. November 1919, betr. Blatt 232 des Handelsregisters, hat die Firma zu lauten: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau. Das Komma hinter Bank hat wegzufallen.

Amtsgericht Schandau, am 24. November 1919.

Die Dienststunden beim Amtsgericht Schandau fallen am 27. Dezember 1919

aus. Es können an dem Tage nur dringliche Geschäfte erledigt werden.

Schandau, den 22. November 1919.

Das Amtsgericht.

## Pachtung!

Zum Zeughaus bei Sebnitz

Die Gastwirtschaft soll vom 1. Januar 1919 ab anderweit verpachtet werden. Bewerber wollen ihre Gebote unter Darlegung ihrer persönlichen Verhältnisse und bisherigen Tätigkeit bei der unterzeichneten Revierverwaltung einreichen, die auch alle weiteren Auskünfte erteilt.

Forstrevierverwaltung Mittelndorf.  
S. L. gez. Schunack, Oberförster.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* Die deutsche Reichsregierung hat zur Behebung der Not in Dänemark diesem 5000 Tonnen Mehl leihweise überlassen.
- \* Die Lage der deutschen Truppen im Baltikum wird an Berliner ausländischer Stelle als sehr ernst betrachtet.
- \* Der sächsische Finanzminister sprach sich mit Entschiedenheit gegen eine überhastete Verabschiedung der Reichssteuererhebung aus.
- \* Der Reichsausschuss der Akademischen Berufe hat eine Entschließung gefasst, in der er sich gegen den Entwurf des Betriebsrätegesetzes wendet und eine Sonderstellung der gelehrten Arbeiter unter den Dienstnehmern fordert.
- \* In Berlin fanden am Totensonntag Gedenkfeiern für die im Kriege Gefallenen statt, in denen u. a. Reichspräsident Ebert und General Ludendorff sprachen.
- \* In Bitterfeld ist es wieder zu einem politischen Streit gekommen, durch den die Lichtversorgung Berlins ernstlich gefährdet wird.
- \* In Straßburg i. E. wurde in Anwesenheit des Präsidenten Poincaré eine französische Universität eröffnet.
- \* Fünf Flüchtlingszüge aus Litauen sind von den Litauern auf dem Wege nach Ostpreußen aufgehalten worden.
- \* Die deutschen Kriegsgefangenen aus Japan werden mit Hilfe der schweizerischen Gesandtschaft Ende Dezember oder Anfang Januar zurückbefördert werden.
- \* Frankreich hat einen Transport von 5000 Tonnen belgischer Kohle für die Schweiz beschlagnahmt.
- \* Die italienische Regierung beabsichtigt die allgemeine Einführung der einjährigen Dienstpflicht.
- \* Die neuesten Meldungen aus Moskau besagen, daß Lenin wiederum ein Friedensangebot vorbereitet.

## Neue Hindernisse.

Die Franzosen stellen sich bei erkaunt darüber, daß die deutschen Unterhändler, die nach Paris gekommen sind, am dort mit ihnen über die letzte Clemenceau-Note zu verhandeln, nicht einfach alles glatt unterschreiben, was ihnen vorgelegt wird. Der Führer unserer Kommission, Ministerialdirektor v. Simon, hat es vielmehr für nötig befunden, mit mehreren technischen Beratern nach Berlin zurückzukehren und hier zunächst einmal über das Ergebnis seiner Pariser Bemühungen mündlich Bericht zu erstatten. Die Franzosen sprechen von plötzlichen und unvorhergesehenen Entschlüssen, stellen fest, daß der Abreise des deutschen Bevollmächtigten eine Besprechung mit den französischen Delegierten unmittelbar vorhergegangen sei, und geben sich den Anschein, ungemein zu bedauern, daß infolge dieses unerwarteten Zwischenfalls der vom Obersten Rat für den 1. Dezember in Aussicht genommene Austausch der Ratifikationen bis zu diesem Tage nahezu unmöglich geworden sei. Also abermals eine Verzögerung in der Verkündung des Friedenszustandes — durch Deutschlands Schuld, selbstverständlich.

Über worum handelt es sich für uns? Können wir es verantworten, aus diesem Anlaß dem endlichen Abschluß der Vorfriedensverhandlungen neue Hindernisse in den Weg zu legen? Herr Clemenceau empfand, wie man weiß, als die in Versailles vereinbarten drei Ratifikationen glücklich nach zehn oder elf Monaten befasten waren, das Bedürfnis, die Unterzeichnung des nunmehr vorgelegenen „ersten“ Protokolls von der gleichzeitigen Aus-

fertigung eines „zweiten“ Protokolls abhängig zu machen. In diesem sollten einmal unsere bis jetzt noch unerfüllt gebliebenen Waffenstillstandsverpflichtungen ausdrücklich als noch zu Recht bestehend anerkannt werden — darunter beispielsweise 42 Lokomotiven, die von den Herren Franzosen noch vermißt werden, einige Dampfzüge und sonstige landwirtschaftliche Maschinen und was dergleichen Scherze mehr sind. Dann aber sollten uns auch Strafen auferlegt werden für angebliche Verletzungen des Waffenstillstandes. An erster Stelle steht hier die Verlenkung unserer Kriegsschiffe in Scapa Flow. Um sie zu ahnden, sollen nicht nur Admiral v. Reuter und seine Offiziere in der Gefangenschaft zurückgehalten werden, wir sollen auch noch 400 000 Tonnen Schiffraum der Entente darzugeben, diesmal in Gestalt unserer Schwimmböcke, Bagger und sonstiger Hafeneinrichtungen. Was das für Deutschland zu bedeuten hätte, ist in der Zwischenzeit von allen Sachverständigen deutlich genug gesagt worden: unsere Fluchtmündungen würden verfallen, wir würden nicht nur keine Schiffe mehr in der Heimat bauen können, wir würden, was uns an Fluß- oder Seefahrzeugen überhaupt noch bleibt, nicht einmal auf unseren Werften mehr inland setzen lassen können, kurz, wir wären für immer und ewig, was den Wasserverkehr betrifft, zu einer Hilflosigkeit verurteilt, die geradezu herzbrechend genannt werden müßte. Gerade deswegen aber wollen unsere Feinde uns in sie hineinstoßen. Ob dabei England oder Frankreich die eigentlich treibende Kraft ist, darüber brauchen wir uns wirklich nicht aufzuregen; im Erfolgsfall kommt es für uns auf das gleiche hinaus — in dem Entschluß, uns möglichst für alle Zeiten und auf allen Gebieten staatlicher und wirtschaftlicher Betätigung zu einem wesentlichen Nichts zu reduzieren, sind beide Westmächte noch heute so einig, wie sie es während des ganzen Krieges gewesen waren. Und wir haben uns — wieder einmal — lediglich zu fragen: wollen wir unter alle diese ebenso schmachvollen wie vernichtenden Zumutungen noch unsere Unterschrift hergeben, oder gibt es für uns nicht eine Grenze, bis zu der wir gehen können mit dem festen, von der Zustimmung des ganzen Volkes getragenen Entschluß, sie auch nicht mehr um Haarsbreite zu überschreiten?

Das Reichskabinett hat auf die empörende Clemenceau-Note nicht schriftlich geantwortet, sondern vorgezogen, sofort in mündliche Verhandlungen einzutreten; vielleicht daß sich dabei eine Atmosphäre schaffen ließ, in der eher zu einer Verständigung zu gelangen war. Diese Hoffnung scheint, wie schon so viele vor ihr, getrogen zu haben. Denn Herr v. Simon kommt nach Berlin, um die Zustimmung der Reichsregierung und der Nationalversammlung zu den neuen Abmachungen mit der Entente einzuholen; was besagen will, daß er in Paris keine nennenswerten Willkürungen der uns zugebachten „Buße“ zu erreichen vermocht hat. Inzwischen hat aber schon die demokratische Fraktion der Nationalversammlung einstimmig beschloffen, der Regierung die Ablehnung der neuen Friedensbedingungen zu empfehlen. Wie die anderen Mehrheitsparteien, Zentrum und Sozialdemokratie, sich entschließen werden, steht noch dahin; zur Not reicht ihre Stimmenzahl aus, um der Regierung, wenn diese es verlangt, die nötigen Vollmachten zu erteilen. Dann könnte sich das Spiel von Weimar wiederholen — die Demokraten würden abermals aus der Mehrheit ausscheiden, was allerdings keinen erbaulichen Eindruck machen würde; denn, wir stehen wieder einmal vor einem kritischen Punkt in unserer innerpolitischen Geschichte, und zugleich

verfügt sich unsere auswärtige Lage von neuem, kaum daß man hoffen konnte, der Eintritt des Friedenszustandes würde uns endlich den Beginn einer Entspannung bringen.

## Besprechungen in Berlin.

Am Montag früh sind die Geheimen Legationsräte v. Simon und Grappert und die anderen Mitglieder der Kommission, die zu den Verhandlungen nach Paris entsendet worden war, in Berlin eingetroffen. Mittags erstatteten sie im Auswärtigen Amt dem Unterstaatssekretär v. Daniel Bericht, und es fanden die ersten Besprechungen statt. Der Eindruck ist, wie es scheint, kein besonders günstiger. Auf Seiten der Entente hatte sich ein gewisses Entgegenkommen gezeigt, als es sich um die Hinausschiebung des Termins, der für die Entsendung der deutschen Delegation in Aussicht genommen war, und um die Frage, ob über die angeblich unerfüllten Waffenstillstandsbedingungen und über die neuen Forderungen mündliche Erörterungen stattfinden sollten, handelte. Die Forderungen aber, bei denen die Entschädigung für die bei Scapa Flow verlassenen deutschen Schiffe im Vordergrund steht, werden in den wesentlichsten Punkten offenbar aufrechterhalten. Aus diesem Grunde haben Herr v. Simon und die anderen Mitglieder der Kommission geglaubt, keine selbständige Entscheidung treffen zu können, und sie sind nach Berlin abgereist, um sich hier neue Anweisungen zu holen.

## Die Katastrophe im Baltikum.

Massenmord deutscher Flüchtlinge.  
Über die Lage im Baltikum wird von zuständiger Berliner Seite folgendes mitgeteilt:  
Die Reste der deutschen Legionen, verschiedene Freikorps, darunter das von Brandes, haben sich jülich von Litauen gesammelt. Der rechte Flügel steht bei Kruck in Verteidigung gegen Angriffe aus Nordosten und überholende Angriffe aus Südosten. Der linke Flügel hält die Bahn Litauen-Schauken. Hier sind fünf aus Litauen kommende Flüchtlingszüge mit vorwiegend deutschstämmigen Flüchtlingen von Litauern zusammengeschossen worden; bisher sind 50 Tote und 150 Verwundete gemeldet. Es wird versucht, die Bahnstrecke offen zu halten, damit wenigstens der Abmarsch der übrigen Flüchtlinge vor sich gehen kann. Die Eisene Division geht anscheinend ziemlich geordnet aus dem Raume von Litauen in die Gegend Morajewo längs der Bahnstrecke Litauen-Morajewo zurück. Das Stabsquartier befindet sich in Alt-Auß. Die aufgelisteten Reste des linken Flügels, meist aus Russen bestehend, sollen sich im Raume Morajewo-Popelinsko sammeln. Nach Abmarsch der Truppe Biehwe — die bei Libau stand — ist die linke Flanke gegen die von Litauen vorrückenden Letten offen; sie wird durch schwächere Abteilungen östlich Prekulen gesichert. Die Litauer setzen ihre Angriffe gegen die Bahn Litauen-Schauken fort. Nicziwitsch ist von ihnen besetzt. Sie sind weiterhin bis Szylany vorgedrungen. Um Schauken und im rückwärtigen Gebiet werden starke litauische Banden gemeldet. Das Generalkommando des 6. Reservekorps befindet sich in Schauken. Die von Schauken ausgehenden Bahnen sind bis Szylany, halbwegs Wetschuzo und Omole, in deutscher Hand. Admiral Hopmann wird mit der Entente-Kommission ebenfalls in Schauken erwartet. Im ganzen ist die Lage außerordentlich ernst, an einigen Stellen ver-

**Zeichne mit 500 Mark bar  
und 500 Mark Kriegaanleihe  
1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe**



## Russisches Friedensangebot.

Lenins Wünsche.

Die bolschewistische „Prawda“ kündigt an, daß eine neue Regierung gebildet werden soll, in der auch die Menschewitsch durch Martoff und Dan vertreten sein würden. Es liege ein Friedensvorschlag an Kollischal und Denikin vor.

Einem Vertreter des englischen „Daily Herald“ teilte Lenin dazu weiter mit: „Wir haben unsere Friedenswünsche, die wir zusammen mit Bullitt festhielten, niemals geändert. Außerdem haben wir, ehe Bullitt nach Rußland kam, wiederholt amtliche Friedensvorschläge an die Entente gerichtet. Wir sind bereit, die unbedingte Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder zu verbürgen. Die Sowjetregierung ist bereit, den Beweis zu erbringen, daß sie die Mehrheit des russischen Volkes vertritt.“ Diesen Beweis könnten natürlich allgemeine, unbeeinflusste Wahlen zeitigen, dazu scheint Lenin aber noch keineswegs bereit zu sein.

## Vom Tage.

Der „Oberste Schülerrat der vereinigten Gymnasien in Berlin W.“, gez. Herbert von Felde, Kurt Voelke und Erich von Kalinski, hat an Herrn Noke einen Schreibbrief gerichtet, in dem gefordert wird, daß innerhalb dreier Tage in der Zeitung bekanntgegeben werde, daß „die über Erzellens von Lübow verhängte Arreststrafe ungültig und er als begnadigt erklärt ist“, widrigenfalls sie, die Herren Jungchen, gezwungen wären, unverzüglich in den Schülerstreik zu treten. Sie hofften jedoch, daß der grimmige Noke ihrer „bescheidenen Bitte“ Folge leisten werde. — Die kleinen Gernegroße sollten zunächst einmal Sklulungen machen, denn ihr Deutsch ist jammervoll. Des inneren Widerspruchs im Tone ihrer „bescheidenen“, von einer Streikdrohung begleiteten Bitte sind sich die schneidigen Tertiarer oder Sekundaner aus Berlin W. offenbar gar nicht bewußt geworden.

Daß es einmal Kaiser und Könige gegeben hat, kann man nicht gut abstreiten oder vertuschen, aber die Öffentlichkeit dieses weltgeschichtlichen Geheimnisses läßt sich immerhin einigermaßen dämpfen. Nachdem in Berlin die Unabhängigen vergeblich das revolutionäre Gewissen der Stadt angezufen und beantragt hatten, daß die „überholten“ Namen und Bezeichnungen von den Straßenschildern verbannt würden, sucht man jetzt auch in Schmögen bei Berlin Weltgeschichte im großen Stil zu machen. Der dortigen Gemeindevorstellung liegt nämlich ein Antrag vor, der die Umtaufe des Hohenzollernbammes in Heinrich Heine-Allee beantragt. — Es wäre ein grandioser Gedanke, die parlamentarischen Ergründungen so weit auszudehnen, daß mit jedem Regierungswechsel nicht nur die gesamte Beamtenschaft, wie in Amerika, sondern auch sämtliche Straßennamen awangswelke gewechselt werden müßten.

## Der allerneueste Streifgrund.

Unglaubliche Vorkommnisse in Bitterfeld.

Unter Berufung auf ihre Arbeitswilligkeit hatten Vertreter der Arbeiterchaft des Anilinwerkes in Wolsen bei Bitterfeld verlangt, daß am Dinstage, einem gesetzlichen Feiertage, der Betrieb weitergeführt werden solle. Die Werkleitung hatte dies mit Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe nicht gestatten können. Darauf drang eine vielzählige Menge in das unzufriedene Stütium des Direktors und zwang ihn unter Drohungen, die Arbeitsstätten freizugeben. Das Ermittlungsverfahren gegen die Hauptbeteiligten ist im Gange. Zur Unterstützung der Zivilbehörden bei Wiederherstellung der Ordnung haben jetzt Truppen der Reichswehrbrigade 16 das Werk Wolsen besetzen müssen. Daraufhin trat die Belegschaft des Anilinwerkes Wolsen in den Ausstand und verlangte die Zurückziehung der Truppen und die Aufhebung des gerichtlichen Haftbefehls gegen den Rädelstführer Haar. Ohne jeden Grund ist die Belegschaft des Werkes Elektro 1 westlich Bitterfeld, auf dem ein Teil der Lichtversorgung Berlins beruht, ebenfalls in den Ausstand, mit dem sie schon seit mehreren Tagen gedroht hatte, getreten. Dadurch ergibt sich die Gefahr des Erlausens der Grube und eine schwere Bedrohung der Kraftlieferung an die Reichshauptstadt. Unter diesen Umständen sah sich der militärische Befehlshaber genötigt, den Ausnahmestand gegen den Kreis Bitterfeld zu verhängen, wozu er bereits am 21. November durch den Reichspräsidenten und den Reichswehrminister ermächtigt war.

## Das finanzielle Glend der Einzelstaaten.

Protest des sächsischen Finanzministers.

In einer in Leipzig abgehaltenen Versammlung der Demokratischen Partei sprach der sächsische Finanzminister Rischke eingehend über Finanz- und Wirtschaftfragen und bemerkte u. a. zu den Steuerplänen der Reichsregierung:

„Wenn es dem Reichsfinanzministerium wirklich gefangen sollte, die Steuerfassade des Reichs notwendig herzustellen, dann würde hierdurch ein ganz falscher Eindruck nach außen erweckt, weil das grenzenlose finanzielle Glend der Einzelstaaten und Gemeinden von unsern Gegnern nicht gesehen werde, sondern nur die Finanzlage des Reichs als Maßstab für unsere Leistungsfähigkeit in Frage komme. Bei allem Verständnis für die finanzielle Lage des Reichs müsse verlangt werden, daß andere Mittel und Wege ins Auge gefaßt würden. Er habe die Absicht, für den Freistaat Sachsen eine aktive Finanzpolitik zu treiben. Es sei daher nicht möglich, einen Plan aufzustellen, solange das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich nicht festgelegt sei. Er sei beauftragt worden, nach Berlin zu reisen, um die wichtigsten Finanzgesetze im Reichsrat zu verabschieden. Er habe aber die Entwürfe noch nicht zu sehen bekommen und es deshalb abgelehnt, sich damit zu beschäftigen. Er könne nicht nach Berlin gehen, nur um Ja und Amen zu sagen und hoffe, daß sich auch die übrigen Mitglieder des Reichsrats auf diesen Standpunkt stellen werden.“

## Deutsche Nationalversammlung.

(117. Sitzung.)

OB. Berlin, 24. November.

Auf der Tagesordnung stand heute an erster Stelle die Interpellation der Abg. Arnstadt (Deutschnat. Vp.) und Heintze (Deutsche Vp.) über die bedrohliche Gestaltung der Ernährungsfrage infolge der schlechten Witterungsverhältnisse. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß der Reichswirtschaftsminister die Interpellation wahrscheinlich am nächsten Sonntagabend beantworten werde. Alsdann ging das Haus zur

## Weiterberatung der Reichsabgabeordnung

über. Die zurückgestellten Abänderungen konnten einzuweisen noch nicht vorgenommen werden, weil — ein sehr beachtender Grund — das Haus zu schwach besetzt war. Der Präsident bemerkte, daß er in Zukunft darauf keine Rücksicht mehr nehmen werde. Man fing heute bei dem dritten Abschnitt an, der die Finanzämter behandelt. Danach bestimmt der Reichsfinanzminister den Sitz, den Bezirk und Geschäftsumfang der Finanzämter.

Es werden alsdann eine lange Reihe von Paragraphen angenommen. Auch die bisher zurückgestellten Paragraphen werden von der Mehrheit gutgeheißen. Die Auseinandersetzungen darüber sind kurz; eine Abstimmung folgt der anderen, die Gesetzgebungsmaschine arbeitet ununterbrochen. Zu den heute angenommenen Bestimmungen gehört auch der vielbesprochene Paragraph 189a, der von der Anzeigepflicht der Banken handelt.

## Welt- und Volkswirtschaft.

### Der Stand der Mark.

Bei der nachstehenden Tabelle bedeutet Brief = angeboten und Geld = gesucht. Die Valuta steht jetzt für je 100 Gulden (G), 100 Kronen (Kr.) bzw. 100 Franc (Fr.):

Börsenplätze	24. 11.		22. 11.		21. 11.	
	Geld	Brief	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam G	1609 1/2	1612 1/2	1661	1664	1720 1/2	1723 1/2
Kopenhagen Kr.	860 1/4	861 3/4	879 1/4	880 3/4	939 1/4	950 3/4
Stockholm Kr.	951 3/4	951 1/4	974 1/4	975 1/4	1029 1/4	1030 1/4
Brisslanta Kr.	924 1/4	925 1/4	939 1/4	940 1/4	989 1/4	990 1/4
Bern Fr.	764 1/4	765 1/4	784 1/4	785 1/4	834 1/4	835 1/4

Im Frieden kosten im Durchschnitt 100 holländische Gulden 170 Mark, 100 dänische, schwedische bzw. norwegische Kronen 112 Mark und 100 Franc rund 80 Mark, von kleinen Kurschwankungen natürlich abgesehen.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

+ **Kommissare für die abzutretenden Gebiete.** Zu Reichs- und Staatskommissaren für die Abwicklung und Überleitung in den abzutretenden Gebieten sind bestellt: Oberregierungsrat Dr. Werner in Marienwerder für das an Polen abzutretende Gebiet des Kreises Marienwerder; Regierungspräsident v. Bülow in Bromberg für das an Polen abzutretende Gebiet der Regierungsbezirke Bromberg und Posen; Regierungspräsident Dr. Jaenicke in Breslau für die an Polen abzutretenden Gebiete der Kreise Gohrau, Groß-Wartenberg und Ramlau; Landrat Freiherr v. Mirbach in Reidenburg für das an Polen abzutretende Gebiet des Kreises Reidenburg.

+ **Der Kampf um das Betriebsrätegesetz.** In der letzten Sitzung des Ausschusses für das Betriebsrätegesetz wurde die Abstimmung über den sritigen Punkt, der die Teilnahme der Arbeiter am Ausschussrat enthält, verlagert. Zentrum und Demokraten wollen Zeit zu Verhandlungen gewinnen. Die Sozialdemokraten haben erklärt, keine Zugeständnisse machen zu können. Das Zentrum wird sich in einer Fraktionsitzung noch mit dieser Frage beschäftigen. Wesentlich unsicherer ist die Haltung der Demokraten, trotzdem die Abgeordneten um Papen herum zu Zugeständnissen bereit zu sein scheinen. Eine Ablehnung der unsritten Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes im Ausschuss würde die weitgehendsten Folgen haben. Die Sozialdemokraten würden sich freie Hand vorbehalten. Stimmt das Zentrum dafür, die Demokraten aber dagegen, wäre eine weitere Teilnahme der Demokraten an der Regierung in Frage gestellt. Nach einem demokratischen Kompromißantrag sollen ein oder zwei Vertreter zu denjenigen Sitzungen des Ausschusses mit Sitz und Stimme entendet werden dürfen, in denen Angelegenheiten und Wünsche der Arbeitnehmer verhandelt werden.

+ **Deutsche Hilfe für Österreich.** Das Wiener Staatsamt für Volksernährung teilt mit, die Deutsche Regierung habe sich bereit erklärt, die erbetene Aushilfe von 5000 Tonnen Mehl gegen Überlassung einer entsprechenden Getreidemenge aus den auf dem Rhein für Österreich schwimmenden Transporten zu gewähren. Diese Aushilfe würde jedoch erst in einigen Tagen erfolgen können, weil die Deutsche Regierung vorher in den Besitz der Konnossemente über die betreffenden Schiffsabladungen gelangen müsse. Das Staatsamt für Volksernährung habe veranlaßt, daß die Transporte im Pendelverkehr zwischen Mannheim und Regensburg auf direktem Bahnwege nach Österreich durchgeführt werden.

+ **Neuverleihung von Dienstausszeichnungen.** Während des Kriegs war die Verleihung des Dienstausszeichnungs-Kreuzes, der Dienstausszeichnungen (3., 2., 1. Klasse) und der Landwehr-Dienstausszeichnungen (1. und 2. Klasse) ausgesetzt. Nunmehr wird die Verleihung dieser für alle Personen des Soldatenstandes vorgesehenen Auszeichnungen nachgeholt werden. Sie sind nicht Orden und Ehrenzeichen im gewöhnlichen Sinne, sondern — an gewisse Voraussetzungen geknüpft — Dienstalterabzeichen für langjährige Militärdienste. Artikel 109 der neuen Reichsverfassung findet auf sie keine Anwendung. Nähere Ausführungsbestimmungen werden in Kürze ergehen.

+ **Ausscheiden parlamentarischer Beigeordneter.** Wie verlautet, wird der Abgeordnete Hue am 1. Dezember aus dem Handelsministerium ausscheiden, in dem er seit November 1918 als Beigeordneter tätig gewesen ist. Er beabsichtigt, wieder in seine leitende Stellung im Bergarbeiterverbande zurückzukehren. Auch der zweite Beigeordnete im Handels- und Gewerbeministerium, der Zentrumabgeordnete Bogelgang, wird in kurzer Zeit ausscheiden, um als Arbeitervertreter in die neue Organisation der Reichskohlenwirtschaft überzugehen.

### Schweiz.

+ **Schweizer Kohle von Frankreich beschlagnahmt.** Aufsehen erregt in der ganzen Schweiz die Nachricht, daß ein durch Frankreich gehender Transport von 5000 Tonnen belgischer Kohle für die Schweiz, die von den Bestellen bereits bezahlt sind, beschlagnahmt worden sei. Als Grund geben die französischen Behörden den Kohlenmangel und die ungenügende Velterlieferung Frankreichs durch Belgien an. Da die Schweiz selbst an Kohlenmangel leidet, berührt die Zurückhaltung der Kohlen ungemein unangenehm.

### Frankreich.

+ **Bei Eröffnung der französischen Universität Straßburg** erklärte Präsident Poincaré, er sei erfreut, daß die Jugend Frankreichs und Elß-Lothringens nunmehr vereint sei. „Während des Krieges“, sagte er, „wurden die

Elässer einer schweren Probe unterworfen. Einem Teil gelang es aber, unter der französischen Fahne zu kämpfen. Nun sei der Alpdruck von der Jugend gewichen, und sie könne mit den alliierten und befreundeten Ländern froh zusammenarbeiten an dem Wiederaufbau der Zivilisation.“

### Großbritannien.

+ **Die Auslieferungsliste.** Den „Daily News“ zufolge stehen auf der ersten Liste achtzig Deutsche, darunter der frühere Kaiser, der frühere Kronprinz und Admiral Tirpitz. Die Zusammenfassung des alliierten Gerichtshofes, vor dem sich die betreffenden deutschen Persönlichkeiten verantworten sollen, ist noch nicht erfolgt, es steht aber fest, daß der Vorsitz einem englischen Richter übertragen werden soll.

### Aus In- und Ausland.

+ **Rom.** Im Konsistorium vom 15. Dezember werden außer sechs italienischen Prälaten die Erzbischöfe von Mailand und Genua und der Fürstbischof von Breslau, Vertram, zu Kardinalen ernannt werden.

+ **Spalato.** D'Annunzio beabsichtigt, sich ganz Dalmatiens zu bemächtigen.

+ **Berlin, 23. November.** Nach einer Meldung des Berliner Tageblattes muß mit der Möglichkeit einer neuen Verkehrsperre gerechnet werden. Man will mittels einer neuen Abrosselung alles nur dringend entbehrlichen Verkehrs, in erster Linie der Personenbeförderung, versuchen, die notwendigsten Lebens- und Heizmittel für den Winter zu beschaffen und zu verteilen. Wann die neue Sperre einsetzen soll, steht noch nicht fest. Sie würde jedoch jedenfalls nach einer sehr kurzfristigen Ankündigung erfolgen.

+ **Berlin, 23. November.** Die deutsche Friedensdelegation ist erneut unter Hinweis auf die Volkswirtschaften und die Worte des Reichszanzlers bei dem Generalsekretär der Friedenskonferenz um den sofortigen Beginn des Abtransports der deutschen Kriegsgefangenen vorstellig geworden.

+ **Berlin, 23. November.** Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß der Rücktritt Hörsings nicht zur Lastzade werden würde. Seiner Forderung nach Aufhebung des Belagerungszustandes werde stattgegeben werden, da die sozialdemokratische Partei sich mit ihm solidarisch erklären werde. Von amtlicher Seite liegt eine Bestätigung dieser Nachricht nicht vor.

+ **Berlin, 23. November.** Die deutsch-polnischen Verhandlungen, die jetzt gleichzeitig in Paris und in Berlin geführt werden, betreffen den Eisenbahn-, Telegraphen- und Telephonverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland, der über polnisches Gebiet geleitet werden muß, ferner den Verkehr Polens mit der freien Stadt Danzig, der auf dem rechten Weichselufer über deutsches Gebiet geht. Polen und Deutschland wollen ein Abkommen schließen, das für den genannten Verkehr gegenseitige Erleichterungen schafft.

+ **Washington, 23. November.** Amtlich wird verlautbart, daß Präsident Wilson das gesamte Thema des Friedensvertrages von Versailles am 1. Dezember in einer Botschaft an den Kongreß erörtern und bis dahin nichts über die Ablehnung im Senat sagen wird.

+ **London, 23. November.** Das Reutersche Büro erklärt, daß der jüngste Besuch der beiden juristischen Beamten der Krone in Paris nichts mit dem Prozeß gegen den früheren Deutschen Kaiser zu tun hatte. Die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem früheren Kaiser sei unverändert.

+ **Danzig, 23. November.** In einer stark besuchten Vertrauensmännerversammlung ist für Danzig die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien zustande gekommen. Das Programm wird von einer Einigungscommission aufgestellt und in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

+ **Berlin, 23. November.** Wir werden um Verbreitung folgender Mitteilung ersucht:

Die W. Z. V.-Nachricht vom 21. d. M. betreffend den Belagerungszustand in Oberschlesien und den Rücktritt des Reichskommissars Hörsing gibt der Auffassung Raum, daß der Antrag des Reichskommissars auf Aufhebung des Belagerungszustandes von keiner Seite Zustimmung gefunden habe. Das ist aber unzutreffend. Denn der mit der Führung der Oberpräsidialgeschäfte der neuen Provinz Oberschlesien beauftragte Regierungspräsident von Duppeln, Geheimer Justizrat Bitta, hat die Aufhebung des Belagerungszustandes empfohlen, wenn er auch hierbei feststellte, daß abgesehen von Mißgriffen einzelner Militärstellen, der Belagerungszustand die ruhliebende Bevölkerung Oberschlesiens nicht besonders störe.

+ **Berlin, 23. November.** Zu Reichs- und Staatskommissaren für die Abwicklung und Überleitung in den abzutretenden Gebieten sind bestellt:

1. Oberregierungsrat Dr. Werner in Marienwerder für das an Polen abzutretende Gebiet des Kreises Marienwerder.

2. Regierungspräsident von Bülow in Bromberg für das an Polen abzutretende Gebiet der Regierungsbezirke Bromberg und Posen.

3. Regierungspräsident Dr. Jaenicke in Breslau für die an Polen abzutretenden Gebiete der Kreise Gohrau, Groß-Wartenberg und Ramlau.

4. Landrat Freiherr von Mirbach in Reidenburg für das an Polen abzutretende Gebiet des Kreises Reidenburg.

+ **Berlin, 23. November.** Pakete nach dem von den Polen besetzten, östlich der Eisenbahn Oberberg-Talunau gelegenen Teil von Österreichisch-Schlesien werden von den Postanstalten wieder angenommen.

+ **Berlin, 23. November.** Der Postverkehr mit Riga, Wenden und Wolmar ist wegen Unterbrechung der Strecke Mitau-Riga auf unbestimmte Zeit eingestellt. Die Post für Libau wird wegen Unterbrechung der Strecke Preßburg-Libau bis auf weiteres über Stockholm geleitet.

+ **Köln, 22. November.** Wie der Kölnischen Zeitung aus Köln-Milheim mitgeteilt wird, soll der Dortensche Anhang die Druckerei der bisherigen „Mülheimer Volkszeitung“, die in die „Rheinische Volkswacht“ aufgegangen ist, angekauft haben, um dort unter dem Titel „Rheinischer Herald“ eine Zeitung erscheinen zu lassen, die für den Gedanken der Rheinischen Republik werben soll.

+ **Köln, 22. November.** Heute nacht stieß auf dem Bahnhof Brühl ein von Rochem kommender Güterzug auf



Hier im Gleis stehende Wagen, wobei vom Zugpersonal eine Person getötet und vier leicht verletzt wurden. Das Unglück wird darauf zurückgeführt, daß der Zug auf den durch den Regen schlüpfrig gewordenen Schienen erst hinter dem Signal zum Stehen gebracht werden konnte.

Darmstadt, 22. November. Heute fand hier eine Verhandlung zwischen Vertretern der zuständigen Reichszentralbehörden und den hiesigen zuständigen Ministerien statt über die Frage der Errichtung von Wohnbauten im besetzten Gebiet, insbesondere auch von Wohnungen für französische Offiziere und Beamte, sowie zur Linderung der Wohnungsnot, die infolge der Besetzung des rheinischen Gebiets entstanden ist. Zu diesen Besprechungen waren auch die Bürgermeister der in Betracht kommenden Gemeinden geladen. Leider konnten sie aber infolge eines Verbots der französischen Militärbehörde nicht erscheinen. Dies ist um so bedauerlicher, als die Besprechungen lediglich im Interesse der von der Besetzung betroffenen Bevölkerung und letzten Endes in demjenigen der Besatzungsbehörde selbst stattgefunden haben. Die Verhandlungen zeigten wiederum, daß bei der Reichsstelle größtes Verständnis für die Lage des besetzten Gebiets vorhanden ist. Es herrschte auch volle Übereinstimmung zwischen den Vertretern der Reichsstellen und dem anwesenden hiesigen Ministerpräsidenten Ulrich über die Notwendigkeit der erforderlichen Schritte.

Wien, 22. November. Ausschuss für Auswärtiges. Staatskanzler Krenner fuhr fort: Daß es durchaus möglich ist, unter Ausschluß der politischen Momente die Beziehungen zu den Nachbarstaaten friedlich zu gestalten, zeigt unser gegenwärtiges Verhältnis zur deutschen Schweizrepublik. Der Staatskanzler begrüßt es als gutes Vorzeichen für das Fortbestehen unseres treuen nachbarlichen Verhältnisses sowohl zu unserem südlichen Nachbarn Italien, als auch zu unserem nördlichen Nachbarn, der tschechoslowakischen Republik, daß diese Staaten, die im Verein mit Frankreich, Amerika, England und gleichzeitig mit Deutschland für unsere Volkswirtschaft von maßgebendster Bedeutung sind, unserem Bestreben nach Durchführung des Friedensvertrages dadurch entgegenkommen, daß sie sich zuerst entschlossen, den Friedensvertrag zu ratifizieren. Wir sind überzeugt, daß auch die wenigen Rechte, die uns der Vertrag zuspricht, das Recht auf Deutsch-Westungarn, das Recht auf die zugesprochenen Gebiete des steiermärkischen Unterlandes und das Recht auf freie unbeeinflusste Volkswirtschaft in beiden Zonen in Kärnten genau im Sinne des Vertrages zur Abwicklung kommen werden. Der Staatskanzler bespricht sodann die Bemühungen des Außenamtes zur Verringerung der wirtschaftlichen Ernährungsfrage, sowie die wirtschaftlichen Unterhandlungen mit Rumänien, Polen, der Tschecho-Slowakei und Südbanien; ferner die vom Auswärtigen Amt auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge entfaltete Tätigkeit, weiter die Auseinandersetzung mit den Nationalstaaten über die Aufstellung der staatlichen Aktiva und Passiva, und hob das Wirken des Außenamtes in der Kriegsgefangenenfrage hervor, wobei er mit Dankbarkeit der Unterstützung der fremden, namentlich der italienischen Militärmission in Wien, sowie der französischen Regierung, die mit dem Schutz unserer Staatsangehörigen in den vormals feindlichen Ländern betraut sind, und vor allem der dänischen Regierung, deren Funktionäre auch heute noch unter schwierigen Verhältnissen für unsere Gefangenen in Sibirien arbeiten, gedachte. Der Staatskanzler anerkannte hierbei mit Dankbarkeit, daß die italienische Regierung als erste mit der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen im großen Zuge begonnen habe, und sprach die Erwartung aus, daß die Heimkehrbewegung aus Italien, die in der letzten Zeit einen bedauerlichen Rückgang erfahren habe, ihren früheren Umfang wieder erhalte und in Wäld abgeschlossen sein würde; er hoffe auch, daß die Repatriierung der Kriegsgefangenen aus Großbritannien, den britischen Kolonien und Serbien in kürzester Zeit beendet sein und daß sich dann sogleich die Heimkehr der Kriegsgefangenen aus den übrigen alliierten und assoziierten Ländern anreihen möge. Betreffend seien die Aussichten für die baldige Heimkehr der Gefangenen aus den Ländern des früheren russischen Kaiserreiches und aus Turkestan. Trotz nachdrücklichster Bemühungen hätte von der im St. Germainer Friedensvertrag vorgegebenen gemischten Kriegsgefangenen-Kommission noch nicht erreicht werden können.

Wien, 22. November. (Korr.-Büro.) Das Staatsamt für Volksernährung teilt mit, die Deutsche Regierung habe sich bereit erklärt, die erbetene Aushilfe von 5000 Tonnen Mehl gegen Überlassung einer entsprechenden Getreidemenge aus den auf dem Rhein für Österreich schwimmenden Transporten zu gewähren. Diese Aushilfe würde jedoch erst in einigen Tagen erfolgen können, weil die Deutsche Regierung vorher im Besitz der Rannosemente über die betreffenden Schiffsloadungen gelangen müsse. Das Staatsamt für Volksernährung habe veranlaßt, daß die Transporte im Pendelverkehr zwischen Mannheim und Regensburg auf direktem Bahnwege nach Österreich durchgeführt werden. 150 Waggons Kartoffeln, Mehl, Mais, Weizen und Futtermittel seien aus Südbanien freigegeben worden und nach Österreich unterwegs. Hierdurch sei zwar eine leichte Entspannung eingetreten, doch bleibe die Lage andauernd ernst.

Wien, 22. November. Wie bereits gemeldet, werden die eindringlichen Schilderungen in der deutschen Presse über die Notlage Österreichs und die Aufforderungen zur Hilfeleistung für Wien hier mit aufrichtiger Dankbarkeit vernommen. Wenn auch durch Eintreffen der über Deutschland kommenden Getreidetransporte dem unmittelbaren Eintritt der Katastrophe vorgebeugt ist, so bleiben die Aussichten für die Versorgung in Lebensmitteln nach wie vor trübselig. Mit am härtesten sind die Tausende hier lebenden Reichsdeutschen betroffen, denen auch jede Beziehung zur Landbevölkerung fehlt, um sich vielleicht mit Nachschubverfahr notdürftig durch den Winter zu helfen. Die Reichsdeutschen in Österreich setzen daher ihre ganze Hoffnung darauf, daß das Heimatland sie nicht vergessen, sie vielmehr durch eine beschleunigte Hilfsaktion vor dem drohenden Gespenst der Hungersnot bewahren wird.

Wien, 22. November. (Korr.-Büro.) Die Verhandlungen im schweizerischen Ständerat geben der Vermutung Raum, daß man auch in offiziellen Schweizerkreisen unsere Westgrenzen, über die im Friedensvertrag entschieden worden ist, mit mehr oder weniger deutlichen Worten als eine noch offene Frage behandelt. Österreich muß gegen einen solchen Versuch, von

wem er auch immer gemacht werde, entschiedene Verwahrung einlegen. Es hat mit den schwersten territorialen und materiellen Opfern den Staatsvertrag von St. Germain, das Minimum seiner Existenz, wenn diese noch als solche gelten kann, und damit den Frieden erkaufte. Auch nur eine geringfügige Änderung der Bedeutung des Friedensvertrages müßte diesen selbst in Frage stellen und Österreich aller Opfer entbinden, die es auf sich genommen hat. Jedenfalls überrasche es, bei den Überlieferungen und politischen Grundrissen des Schweizer Volkes, wenn unser schwer gepriesenes Land in seiner höchsten Not auch von dieser Seite in seinem territorialen Bestand bedroht scheint.

Wien, 23. November. (Korr.-Büro.) Am 22. November ist durch die Apostolische Nuntiat dem Staatsamt für Äußeres die Mitteilung gemacht worden, daß der Heilige Stuhl am 12. November die Republik Österreich offiziell anerkannt hat.

Amsterdam, 23. November. Die Exchange Telegraph Company meldet dem Telegraaf zufolge aus Washington, daß nach Erklärungen regierungsfreundlicher Senatoren Präsident Wilson gegen den Antrag Lodge sein Veto einlegen wird. Wilson halte sich dazu für berechtigt, während die Republikaner der entgegengesetzten Ansicht seien. Die Folge werde sein, daß der Krieg, wenn Lodge die notwendige Zweidrittelmehrheit zur Aufhebung des Veto nicht aufbringen könne, offiziell nicht beendet sein würde.

Amsterdam, 23. November. Dem Telegraaf zufolge meldet die Times aus Lissabon: Der portugiesische Minister des Auswärtigen erklärte im Senat, Portugal verlange in Afrika kein neues Gebiet; Portugal habe nicht an dem Kriege teilgenommen, um seine Kolonien auszuweiden.

Annapolis, November. Funkspruch der internationalen Arbeitskonferenz. Heute wurde verhandelt: Ausdehnung der Beschränkung der Kinderarbeit auf Indien, Abänderung der Berner Konvention betreffend Nachtarbeit der Frauen. Ferner wurde die Mitteilung entgegengenommen, daß die deutsche Delegation mit Rücksicht auf die bevorstehende Veedigung der Arbeiterkonferenz ihre Abreise nach Washington für nutzlos halte.

Delovinge (Groß-Britannien) erklärte, daß die vorgeschlagene Konvention, welche Kinder unter 14 Jahren von der Arbeit ausschließe, einen bedeutenden Fortschritt auch in den fortgeschrittenen Staaten darstelle. Miss Bonfield brachte sodann einen Abänderungsantrag betreffend indische Kinderarbeit ein. Indische Kinder unter 12 Jahren sollten nicht in Betrieben nach westlicher Art (Vergewerte, Steinbrüche, Eisenbahnen und Docks) beschäftigt werden. Sie sagte, dadurch würden die Maßnahmen der indischen Regierung betreffend Erziehung der indischen Kinder beschleunigt werden. Chatterjee (indischer Regierungsvertreter) hat dagegen im Ausschuss und behauptete, daß dadurch nicht die Erziehung gefördert, sondern die Kinder auf die Straße geworfen werden würden. Warrington Smyth (Südafrika) unterstützte diese Ansicht, während Joshi (indischer Arbeiterführer) gegen die Beschreibung, die von Indien entworfen wurde, protestierte und erklärte, es würde nur verlangt, daß Alterminimum von 9 auf 12 Jahre zu erhöhen. Die indische Regierung wolle mit ihrem Widerspruch nur Zeit gewinnen. Schließlich wurde der Vorschlag mit 39 gegen 21 Stimmen angenommen.

Der Antrag auf Abänderung der Berner Konvention von 1906 betreffend Nachtarbeit der Frauen wurde mit den gänzlich veränderten Verhältnissen begründet. Nachtarbeit in der Industrie soll für alle Frauen, außer für die in der Heimarbeit beschäftigten, verboten sein. Die Konferenz brachte die einstimmige Ansicht zum Ausdruck, daß der neue Entwurf, der die Berner Konvention den neuer Verhältnissen anpasse, viel zum Schutz der Gesundheit der weiblichen Arbeiter und durch sie ihrer Kinder beitragen wird.

Annapolis, November. Funkspruch der internationalen Arbeitskonferenz. In der heutigen Plenarsitzung wurde der Ausschussbericht betreffend Nachtarbeit der Frauen unüberändert, der Bericht betreffend Beschäftigung von Frauen und Kindern in ungesunden Betrieben mit einem von Dr. Wall eingetragenen Zusatz, der für die Gesundheitsabteilung des internationalen Arbeitsamtes einen beratenden Ausschuss vorsieht, angenommen.

Es wurde festgestellt, daß gewisse Staaten (Portugal, Rumänien, Persien, Siam, China u. a.) aus Mangel an Zeit und geeigneter Organisation keine Arbeitervertreter gesandt hätten. Diese Staaten sollten aber nicht ihre Stimmen verlustig gehen.

Betreffend Nachtarbeit der Frauen vertrat der Ausschuss den Standpunkt, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige Desorganisation in der Industrie es ungewiss sei, ob die bisherige Verfahren (Verbot der Arbeit vor 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens) abzuändern. Valdesi (Italien) beantragte die Frauenarbeit von 10 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens zu verbieten. Dieser Antrag wurde von Norwegens Vertretern, die erklärten, daß Norwegen bereits die Nachtarbeit von 9 bis 6 Uhr im allgemeinen verbiete, und von den Vertretern Argentiniens und Spaniens, die ähnliche berichteten, unterstützt. Guerit (Frankreich) beantragte im Namen der Arbeitgeber mit Rücksicht auf die durch den Nachtstundentag erforderlichen 2 Schichten, die Arbeitszeit der Frauen von 4 Uhr morgens bis 10 Uhr nachts oder von 5 Uhr bis 11 Uhr mit einer Stunde Pause dazwischen festzusetzen. Dieser Antrag wurde von Fraipont (Belgien) und dem französischen Regierungsratgeber unterstützt. Letzterer erklärte, der Antrag Valdesi bedeute entweder einen 7 1/2 Stundentag oder 8 Stunden ununterbrochene Arbeit, da nur eine Arbeitszeit von 16 Stunden für 2 Schichten zur Verfügung stehe. Schließlich wurde der Antrag Valdesi mit 46 zu 24 und der Antrag Guerit mit 48 zu 16 Stimmen abgelehnt und der Ausschussantrag versuchsweise einstimmig angenommen.

New York, 22. November. Das Ein- und Ausfuhrverbot für Weizen und Weizenmehl wird am 15. Dezember aufgehoben werden.

Verhängnisvolle Lawine. Eine gewaltige Staublawine ging in Borsarberg über den Neubau des Spul-eisenwerks nieder, das der Elektrifizierung der Arlberg-eisenbahn dienen soll. Sechs Arbeiter wurden verschüttet, vier wurden gerettet, zwei konnten nur als Leichen geborgen werden.

## Bericht über die öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

am 22. November 1919.

Herr Stadtv.-Vorst. Nidel stellte fest, daß die Sitzung ordnungsgemäß einberufen sei, begrüßte die Er erschienenen und gab die Entschuldigungen zweier fehlender Stadtverordneten bekannt.

Unter Punkt 1 gab der Vorsteher ein Bild von der Bilanz der Sparkassen-Rechnung 1917, die vom Sparkassen-Ausschuss und dem Bücherrevisor Bretsch geprüft und für richtig befunden wurde. Der Reingewinn betrug 69 794,33 Mk. (einschl. der Erträge des Reservefonds), bei der Servistasse ist ein Mehr von 341,09 Mk. und bei der Krankenkasse ein Kassenbestand von 9423,98 Mk. zu verzeichnen gewesen. Darauf erfolgte die widerspruchsfreie Nichtigsprechung durch die Stadtverordneten.

Bei Punkt 2 wurde dem Ratsbeschluss beigegeben, der ministeriellen Verordnung beizutreten, den Hebammen eine Feuerungszulage von 500 Mk. beigefügt zu bewilligen, daß der Staat 250 Mk. dazu gibt und unser Bezirk die andere Hälfte aufbringt. Auf Schandau entfallen ungefähr 130 Mk. Hier entspann sich eine Auseinandersetzung, ob die Regierung die Stadt wohl zu dieser Zahlung zwingen könne. Der Stadtv.-Vorsteher bemerkte, daß in der Verordnung lediglich gesagt sei, daß über die Sachlage Bericht erstattet werden müsse.

Unter 3 „Erneuerungsarbeiten auf der Schloßbastei“ werden weitere angeforderte 2000 Mk. zur Ausgestaltung bez. Vergrößerung und Neuanstellungen einstimmt bewilligt, nachdem Herr Stadtrat Bollmann Bericht hierüber erstattet hatte.

Der Rat hat in bezug auf die Gaspreise beschlossen, vom 1. November ab den Gaswert auf seine neuere Eingabe für 1 Kubikmeter Leuchtgas 62, für städtische Gebäude 58 Pfg., für Kochgas 55 und für Automaten 64 Pfg. zuzugestehen. Gasmessermiete wird um 50 % erhöht. Dem schließt sich das Stadtv.-Koll. an.

Betr. die vom Ministerium des Innern angeregte Einrichtung einer Kriegserfahrertruppe wird beschlossen, sich wie bei der Einrichtung des Heimatbundes ebenfalls mit dem Bezirk Birna zusammenzuschließen. Einigen Feuerungszulagen (Schule a. D. Schulze und Kaiser und Frau Gen) wurde dem Stadtratsbeschluss gemäß zugestimmt.

7. Die Herren Dr. v. Bodmann und Dr. Gartsburg haben beantragt, für das Städt. Krankenhaus einen Röntgenapparat zu beschaffen. Die Kosten belaufen sich nach dem Bericht des Herrn Stadtrat Engelmann auf 15—16 000 Mark. Die Antragsteller wollen für eine jährliche Mindesteinnahme von 1500 Mark garantieren, so daß eine entsprechende Verzinsung und Abschreibung sichergestellt wäre. Herr Nidel beantragt, dem entsprechenden Ratsbeschluss zuzustimmen, was auch geschieht.

Unter 8 wird von der Installation der Schutzleute Borsche, Kayer und Meck Kenntnis genommen.

Punkt 9 betraf die Mitentscheidung zu einem Ratsbeschluss, in dem es sich um die Wiederherstellung der Beleuchtungs-, Markt- und Einquartierungsausschüsse handelt, die zusammengelegt worden waren. Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen wird von den Stadtverordneten einstimmig anerkannt. Die Neuwahlen werden erst stattfinden, wenn das Ministerium die entsprechende Ortsgegendern genehmigt hat.

Punkt 10, ein Gesuch des Fährwärters Schmidt betr., wird als letzter Punkt behandelt. Es wurde beschlossen, daß Gesuchsteller in Anbetracht der hohen Kohlenpreise und der mit der Einführung des Sonntagsverkehrs verbundenen Einnahmen für die einfache Fahrt von Auswärtigen während der Tageszeit 30 Pfg. nehmen darf, für die Schandauer jedoch Zehnerkarten für 2 Mk. ausgeben und der Fahrpreis für Kinder 15 Pfg. betragen soll. Die einzelne Nachsfahrt kostet 20 Pfg., wie bisher. Schüler- und Arbeiterkarten bleiben im Preise unverändert.

Unter 11 wurde gemäß dem Ratsbeschluss verfahren, daß der Vikar an der hiesigen Volksschule ein Wohnungsgeld von 40 Mk. monatlich bewilligt wird.

12 Für die Anstalt Bethel werden laufende Jahresbeiträge von je 25 Mk., wie sie der Rat beschlossen hat, genehmigt.

13. Die Stadtv. Frl. Eise Haffe hat zwei Anträge eingereicht. Der erste betraf die Milchversorgung der alten Leute unserer Stadt über 70 Jahre, der zweite die Beschaffung eines Schlüssels. In der Begründung des ersten betonte die Antragstellerin, daß in Dresden bereits seit Monaten die alten Leute täglich 1/2 Ltr. Milch bekommen. Der Stadtrat möge entsprechende Schritte bei der Amtshauptmannschaft unternehmen. Den 2. Antrag begründete Frl. Haffe ausführlich, indem sie darauf hinwies, daß das Fehlen eines guten Musikstücks schon mehrere Klavier abgehalten habe, hier zu konzertieren. Auch könne die Anschaffung eines solchen nur dem Kultur- und Kunstleben Schandaus dienlich sein. — Herr Stadtv. Dorn wies auf die Schwierigkeiten bei der Unterbringung eines derartigen Instrumentes im Winter hin, so sehr er auch für die Anschaffung eines solchen sei. — Herr Bürgermeister Dr. Voigt dankte Frl. Haffe für beide Anregungen. Zum ersten Antrag sprach er seine Genehmigung aus, daß mit ihm seine und die Bemühungen des Stadtrats unterstützt würden, da man in dieser Beziehung schon des öfteren bei der Amtshauptmannschaft vorstellig geworden sei. Den zweiten Antrag begrüßte er dankbar, da ihm durch ihn Gelegenheit gegeben würde, an öffentlicher Stelle der Meinung Ausdruck zu geben, daß gute Musik vor allem für Schandaus Bedeutung als Badeland notwendig sei. Ohne Dreheller wären wir im Winter einfach ein Landstädtchen, um das kein Hahn krähe. Auch leide unter einem solchen Mangel das Vereinsleben. Nach längeren Ausführungen in diesem Sinne sagt Redner, daß er sich allerdings den Bedenken des Herrn Dorn nicht verschließen könne, jedoch dem Antrag Frl. Haffes sympathisch gegenüberstehe, und wenn sich, wie diese erwähnt habe, Gelegenheit zu einem günstigen Kaufe bieten würde, so solle man zugreifen. In anderen Städten würden für das Musikleben größere Summen ausgeworfen, und auch hier muß damit gerechnet werden, daß eine gute Kapelle entsprechende Entschädigung erhalte. Dies gelte nicht nur für die Kurzfrist, sondern auch für das Kulturleben Schandaus.

Herr Stadtv.-Vorst. Nidel schlägt vor, die in Frage stehenden Anträge an den Rat zu verweisen und ihn zu bitten, ihnen wohlwollend gegenüberzutreten. — Nachdem sich Frl. Haffe für die freundliche Aufnahme ihrer Anträge bedankt hat, meinte sie, daß sie schon mit der Zustimmung zustimmen, daß in absehbarer Zeit ein Flügel am Horizont auftauchen solle. Herr Nidel fragte, wie es wohl mit einem zu errichtenden Grundstock für den Flügel stehe, worauf sich Frl. Haffe als erste bereit erklärte, eine Summe zu stiften. — Dazu äußerte sich Herr Bürgermeister dahin, daß sich hoffentlich außer Frl. Haffe noch viele andere Schandauer finden würden, die uns in dieser Weise unterstützen.

Bei Punkt 14 „Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Wahl von 5 unbesoldeten Ratsmitgliedern“ hält es der Vorsteher für angebracht, die Stadtverordneten zu bitten, ihre Vorschläge für die Stadtratswahl bereitzuhalten und mindestens zwei Wochen vor der Wahl einzureichen. — Herr Stadtv. Kugel schlägt vor, die Wahl des 3. Mitgliedes der Wahlkommission (außer dem Vorsteher und seinem Stellvertreter) bereits heute vorzunehmen. Auf Zuruf wird Herr Stadtv. Ditto Richter gewählt, der sich dazu bereit erklärt.

Zum Schluß sprach Herr Bürgermeister Dr. Voigt über die Unterhandlungen mit dem Ministerium über die Gemeindefeuerordnung betr. die Eintrittskartensteuer neben der Luftfahrtssteuer. Herr Nidel beantragte, den Rat zu ersuchen, den eingenommenen Standpunkt weiter zu vertreten. Die Stadtverordneten schließen sich dem Antrage an.

Hierauf fand eine geheime — oder richtiger, wie der Vorsteher betonte — nichtöffentliche Sitzung statt.

## Aus Stadt und Land.

Werkblatt für den 26. November.

Sonnenaufgang	7 <sup>11</sup>	Mondaufgang	10 <sup>20</sup>
Sonnenuntergang	3 <sup>59</sup>	Monduntergang	—

1812 Rückzug des Heeres Napoleons über die Berezina. — 1822 Karl August v. Hardenberg gest. — 1857 Dichter v. Eichendorff aest.

### Wettervorhersage.

Wind wechselnd, meist trübe, keine wesentliche Temperaturänderung, zeitweise Niederschläge.

—\* Die andauernden Niederschläge und die gleichzeitige Schneemenge haben dafür gesorgt, daß die Kirnhöfch in den



tehten Tagen stark angeschwollen ist. Der Pegel am Bastelploß zeigte heute mittag 80 cm über Null an. Auch die Elbe ist im Wachsen begriffen.

Personenzugfahrplan. Von jetzt ab wird der 4.44 Uhr nachmittags in Dresden Hbf. abfahrende Personenzug nach Bodenbach auch wieder nach Tetschen (Ankunft 6.50 Uhr nachmittags) geführt.

**Pirna.** Der Sächsischer Bauernbund hielt am Montag vormittag im „Schwarzen Adler“ in Pirna unter Leitung des Erblehngutsbesizers Fischer-Rathewalde noch mehr als siebenmonatiger Pause wieder eine Bundesversammlung ab, die außerordentlich stark besucht war. Der Vorsitzende bezeichnete diese starke Teilnahme als Gradmesser der Mißstimmung in der Landwirtschaft über die andauernde Zwangswirtschaft und ihre Nebenwirkungen. Er wies mit Entschiedenheit den gegen die Landwirte erhobenen Vorwurf zurück, ihre Habgucht auf die Druschprämie sei schuld daran, daß noch viele Kartoffeln im Boden steckten, indem er erklärte: die Ernte habe in diesem Jahre sich um drei Wochen verzögert, der Winter sei vier Wochen früher gekommen. Als gedroschen worden sei, da habe man die Kartoffeln noch nicht ernten können, weil sie noch nicht reif waren. Als die Kartoffelernte beginnen konnte, habe schlechtes Wetter sie erschwert und die Beschränkung der Arbeitszeit sie aufgehalten. Den ersten Vortrag hielt Generalsekretär Frißsche über die gegenwärtige politische Lage. Als nächster Redner sprach Geschäftsführer Nöhld-Freiberg über die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft. Beide Vorträge wurden oft von zustimmenden Kundgebungen unterbrochen und fanden starken Beifall. In der Aussprache wurde von den Debattierenden der Einigkeit und dem geschlossenen Zusammengehen der Landwirte das Wort geredet und allgemein die Forderung nach Befreiung der Zwangswirtschaft unterstützt. Zu bereitem Ausdruck kam die in der Landwirtschaft herrschende Mißstimmung gegen die Kontrollkommissionen, deren Vorgehen zu unerquicklichen Vorkommnissen führen müsse. Als beklagenswert im allgemeinen Volksinteresse wurde die Hege in der sozialdemokratischen Presse bezeichnet, die darauf gerichtet ist, die Kluft zwischen Stadt und Land zu vertiefen. Eine von Erblehngutsbesitzer Fischer verlesene Erklärung rief nochmals eine Debatte hervor, in welcher gegen die Abgabe des Viertel bei Schweineschlachtungen und gegen die Haserlieferung Stellung genommen wurde. Bei der Haserlieferung wolle man die Gewißheit haben, daß die Haserzeugnisse der Bevölkerung zu einem entsprechend niedrigen Preise zugeführt werden. Amtshauptmann v. Thümmel legte den rechtlichen Standpunkt in der Haserlieferung auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen dar. Nach langer Aussprache, in der auch die Meinung geäußert wurde, den Haser abzuliefern unter der Bedingung, daß die Haserzeugnisse zu

billigem Preis der Bevölkerung zugeführt werden, fand schließlich der Antrag Annahme, durch den Sächsischen Bauernbund an die Amtshauptmannschaft die Mittelung gelangen zu lassen, daß die Landwirte nicht gewillt sind, unter den gegebenen Verhältnissen Haser abzuliefern.

**Pirna.** Einen verwegenen Fluchtversuch unternahm ein 15 jähr. Bursche aus Copitz, der wegen Einschleichens und Diebstahls hier in voriger Woche festgenommen wurde. Von einem Beamten der Kriminalpolizei sollte er dem hiesigen Amtsgericht übergeben werden. Im Amtsgerichtsgebäude sagte er dem Beamten, der ihn an einer Handfessel hatte, daß er in dem Abort des dritten Stockwerkes etwas liegen gelassen habe und bat, dies holen zu dürfen. Da dem Beamten die Angaben glaubhaft erschienen, begab er sich mit dem Häftling in den Raum. Der Bursche wandte sich dort plötzlich dem Fenster zu, schwang sich auf die Fensterbrüstung und wollte sich hinunterstürzen. Der Beamte hatte die Vorsichtsmaßregeln jedoch nicht außer acht gelassen, und so schwebte der Verwegene an der Handfessel einige Minuten zwischen Himmel und Erde, bis es gelang, ihn mit Hilfe anderer Personen in Sicherheit zu bringen.

**Neustadt.** Am Sonnabend ist der Instrumentenmacher Friedrich Andreas plötzlich aus dem Leben geschieden. Der noch sehr rüstige alte Herr wurde auf dem Stolpener Bahnhofe, als er auf dem Bahnsteige auf den Zug wartete, von einem Schlaganfall betroffen, der seinen sofortigen Tod herbeiführte. — In einer der letzten Nächte wurde in eine Scheune in der Malzgasse eingebrochen. Die Diebe ließen zwei Zentner Gerste mitgehen.

**Schnitz.** Die Blumenarbeiterinnen mehrerer Fabriken sind am Sonnabend vormittag in den Streik eingetreten.

**Bautzen.** Der Beschwerde- und Petitionsausschuß der sächsischen Volkskammer hat beschlossen, auch die zweite Petition des Wendenführers Barth, seine Haftentlassung betreffend, für unzulässig zu erklären, weil die Petition in einer Volkskammertagung bereits zurückgewiesen und während derselben Tagung ohne Angabe neuer Tatsachen wiederholt worden ist.

**Dresden.** Die Friedhofarbeiter des Pauli-Friedhofes sind in den Ausstand getreten. — Am 23. November wurde der Arbeiter Hermann Friedrich Härtrampf, in Alt-Reick wohnhaft, tot in seiner Wohnung aufgefunden. Es liegt Unglücksfall durch Gasvergiftung vor.

**Meißen.** Die Stadtverordneten bewilligten gegen 2 Stimmen die Gewährung einer einmaligen Beschaffungsbefreiung und laufenden Steuerzulage an die sächsischen Beamten und Arbeiter in gleicher Höhe wie die Staatsangestellten.

**Meuselwitz.** Zwei Söhne des Arbeiters Seig in Kriebitzsch, von denen der eine 11, der andere 13 Jahre alt war, tummelten sich auf dem zugefrorenen Wasserloch eines Tagesbaues, brachen ein und ertranken.

**Freiberg.** Infolge des sehr zeitig eingetretenen Frostes ist in den oberen Teilen des Erzgebirges ein großer Teil der Ernte noch nicht geborgen. Teilweise steht sogar noch das Getreide auf dem Felde, während ein Teil der Futterrüben infolge des Frostes als verloren gelten kann und auch die Kartoffeln zum weitaus größten Teile sich noch in der Erde befinden. Ueber diese wirtschaftliche Notlage der erzgebirgischen Landwirtschaft ist eine dringliche Schilderung in einem Bericht des landwirtschaftlichen Vereins Voigtsdorf beim Landeskulturrat eingegangen, den dieser mit einer Eingabe an das sächsische Wirtschaftsministerium weitergegeben hat.

**Plauen.** Die außerordentlichen Kriegsausgaben der Stadt Plauen haben seit Kriegsbeginn ausschließlich der rückertatteten Beträge die Summe von 49 529 687 Mk. erreicht. — Die Polizeiverwaltung hat Schritte zur Bildung einer Freiwilligenvereinigung getan, deren Mannschaften als Polizeihilfsschutz im Falle des Ausbruchs von Unruhen eingreifen sollen.

**Müglitz bei Osch.** Bei den Aufräumungsarbeiten auf der Strecke Müglitz—Döbeln, wo sich am 18. d. M. das schwere Eisenbahnunglück ereignet hatte, wurde noch die Leiche eines Russen aus den Trümmern hervorgezogen. Damit erhöht sich die Zahl der Toten auf fünf, doch sind die Aufräumungsarbeiten noch nicht beendet, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß sich die Zahl der Verunglückten noch höher stellt. Das Befinden der im Krankenhause untergebrachten Verletzten ist den Umständen entsprechend gut.

### Letzte Drahtmeldung.

TU. meldet am 25. November:

**Berlin.** Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles ist eine Note Clemenceaus übergeben worden, in welcher angedeutet wird, daß angesichts der planmäßigen Verwüstung Nordfrankreichs einer Abweichung vom Friedensvertrage zugunsten der deutschen Kriegsgefangenen nicht zugestimmt werden könne. Die Gefangenen würden augenblicklich dazu verwendet, mit der Wiedergutmachung dieser abscheulichen Taten den Anfang zu machen. Die französische Regierung müsse der Stimmung der Bewohner der verwüsteten Gebiete Rechnung tragen. Die Herausgabe der Gefangenen sei umso weniger möglich, als mit der deutschen Regierung noch keine Verständigung darüber erfolgt sei, unter welchen Bedingungen zivile deutsche Arbeitskräfte zum Wiederaufbau zur Verfügung gestellt werden. Die Note kündigt noch an, daß Frankreich auf die Auslieferung der Schuldigen bestehen wird.

Geht die Gefangenen heraus!

# Wertpapiere

nehmen wir zum Zwecke der

## Kupon - Einlösung

in Verwahrung.

Dresdner Bank | Dresdner Bank  
Zweigstelle Schandau - Zweigstelle Pirna -

Zeichnungen auf

# Deutsche Spar-Prämienanleihe

nimmt bis 3. 12. entgegen und Auskunft erteilt

## Stadtparkasse Königstein.

### Ein Notschrei der Deutschen in Polen.

Wenn nicht schnell Hilfe kommt, sind in den an Polen abgetretenen Provinzen Polen und Westpreußen die deutschen Schulen dem Untergange geweiht. Im besetzten polnischen Gebiet gibt es schon meilenweit keine deutschen Schulen mehr. Die deutschen Schulkinder sind entweder ohne Schule oder sie besuchen die polnische. Diese Zustände drohen auch über die Deutschen des noch unbefestigten Abtretungsgebietes zu kommen.

Wird das deutsche Schulwesen hier nicht gesichert, so kann sich deutsche Sprache und Kultur in Polen nicht lange halten. Die Heimat hat so oft versprochen, sie wolle „die deutschen Brüder im Osten nicht vergessen.“ Heute kann sie zeigen, ob es ihr mit dem Gelübnis ernst war.

Zur Erhaltung der deutschen Schulen sind reichliche Geldmittel nötig. Der Deutsche Schulverein in Polen, Sitz Bromberg, hat sich der deutschen Schulinteressen angenommen. Er ruft die Heimat um rasche Hilfe an, um selbst noch rechtzeitig helfen zu können. Er bittet Geldpenden an die Diskontogesellschaft in Danzig für „Deutschen Schulverein in Polen“ zu richten.

Deutsche helft euren verlassenen Volksgenossen im Osten!

### Elfenbeinhalsketten

empfiehlt

Georg Wagner, Pirna, Lauterbachstr. 6.

### Schreibmaschine mit lichtbarer Schrift

zu kaufen gesucht.

Offerten erbeten unter Angabe des Systems und Preises an H. Ebert, Dresden, Glasstraße 25.

### Nerven

schwäche, Nervosität oder Neurasthenie, Stottern, Angstzustände.

Behandlung durch

Max Lindner, Schnitz, Forstweg 12, Prosp. fr. 30 Jahre Praxis.

### Das Zahnpulver Nr. 23

Die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftlicher Grundlage nach Zahnarzt P. Bahr.

In zwei Packungen: Rosa erhält die Zähne gesund und blendend weiß, Zahnsteinlösend reinigend man verlange Nr. 23 n. Namensausdrücklich zug Zahnarzt P. Bahr.

In Schandau: In der Apotheke, Floras Drogerie und Parfümerie M. Sturm.

### Kinderpult

mit Sessel zu verkaufen oder gegen Kommode zu vertauschen. Krippen 102c.

Berichtigung: Die Beer-digung d. Frau verw. Wilhelmine Altmann findet nicht um 1 Uhr, sondern um 12 Uhr am Donnerstag statt.



Gewerbe-verein.

Donnerstag, den 27. Nov. abends 8 1/4 Uhr

in Segenbarths Sälen:

### Vortrag mit Lichtbildern

Ingenieur Fromholz über: Die Nutzbarmachung der deutschen Wasserkraft. Der Vorstand.

### Grüne Tomaten

zum Einlegen wie Sauer- und Pfeffergurken

verkauft

das Pfund zu 30 Pfg.

Hering,

Schandau, Elbtalstraße.

### Helle Zentrifugen- und Maschinenöle,

KEIN TEER-OEL, empfiehlt

Georg Wagner, Pirna,

Lauterbachstraße 6, Fernspr. 2805.

### Fahrrad mit Gummi,

sowie

2 fette Kaninchen

zu verkaufen.

Krippen Nr. 30.

### Gewillenhafte Fräulein

als Empfangsdame gel.

für Buchführung und Hand-

reichungen i. Sprechzimmer.

Gehalt nach Uebereinkunft.

Vorzustellen zwischen 11—12 Uhr

Zahnpraxis Herbst.

# UT

Lichtspiele  
Schandau

Mittwoch, den 26. Nov.,  
von 4 bis 6 Uhr:

## Kindervorstellung

von 6 Uhr an

Vorstellung nur für Erwachsene.

Neues erstklass. Programm

**Preise der Plätze:**

An der Kasse:

Sperrsitze 2.20 M., 1. Platz 1.70 M., 2. Platz 1.10 M.

Im Vorverkauf:

Sperrsitze 2.— M., 1. Platz 1.50 M., 2. Platz 1.— M.

Preise für Dutzendkarten:

Sperrsitze 20.— M., 1. Platz 15.— M., 2. Platz 10.— M.

Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.

### Tüchtige Blumenarbeiterinnen

für bessere Blüten mit und ohne Handvorrichtung, Vergiftungs- nicht und Binderei, finden dauernde Beschäftigung zu hohen Löhnen bei Schiller & Koch, Schnitz i. Sa.

Ausgabe erfolgt in Wendischfähre, Bahnhofrestaurant, jeden Mittwoch, nachmittags 1—5 Uhr.

Als zeitgemäß ernsten und vornehmen Lesestoff empfehlen wir

## unsern Buch-Roman

Geschäftsstelle der Sächsischen Elbzeitung.

---

Kinderlose, ruhige Leute suchen eine kleine hübsche

**Wohnung**

in Schandau oder Umgebung. Gef. Ang. an H. S., Saupsdorf 7, erbeten.

---

### Mietverträge

hält vorrätig d. Geschäftsstelle der Sächs. Elbztg.